

Uneinsichtig und verantwortungslos

Nur ein gemeinsamer Kraftakt kann einen Rest an Vertrauen in die Politik retten. Stattdessen spielen SPO und OVP auf gegenseitige Vorwürfe und Verzögern. Das Klima in der rot-schwarzen Koalition ist an einem Tiefpunkt angelangt.

Von Wolfgang Sablatnig

Die Freude bei der ÖVP über die Inseratenaffäre um Kanzler Werner Faymann und dessen Staatssekretär Josef Ostermayer ist mindestens so groß wie die berechtigte Empörung darüber. Unverhofft haben die Schwarzen einen Trumpf in die Hand bekommen, den sie gegen den Koalitionspartner SPÖ und dessen Parteichef ausspielen können. Und diesen Trumpf will sich die ÖVP auch nicht so schnell aus der Hand nehmen lassen, wie Klubchef Karlheinz Kopf gestern im Nationalrat mit seiner scharfen Attacke gegen Faymann deutlich machte. Bei besseren Umfragewerten der ÖVP müsste dieser Angriff als Auftakt zum

Ende der Koalition gelesen werden. So ist es wohl nur die Rache dafür, wie die SPÖ ihren Juniorpartner in den vergangenen Wochen vorgeführt hat.

Doch auch die SPÖ lässt keine Gelegenheit aus, den Schwarzen am Zeug zu flicken, wie Finanzministerin Maria Fekter nach ihrem inakzeptablen Vergleich der Bankenkrise mit der Judenverfolgung erfahren musste.

Dazu kommen inhaltliche Differenzen von Vermögenssteuer über Bundesheer bis zu den Studiengebühren. Die Stimmung in der Koalition ist auf einem Tiefpunkt angelangt. „Große Meinungsverschiedenheiten“ räumte selbst Vizekanzler Michael Spindelegger ein, der sonst im Gleichklang mit Faymann immer um Abwieselung

bemüht ist. Aber nein, angebrüllt, wie es ein Boulevardblatt geschrieben hat, angebrüllt habe man sich nicht.

Bürger und Beobachter kommen dennoch aus dem Staunen nicht mehr heraus. Statt einen gemeinsamen Kraftakt zu setzen und eine Aufklärung aller offenen Affären ohne Ansehen von Partei und Person zu veranlassen, verzetteln sich SPÖ und ÖVP im Streit um den parteipolitischen Minimalvorteil. Statt endlich beim Gesetzespaket gegen Korruption Taten zu setzen, statt eine Ankündigung der nächsten folgen zu lassen, treten sie einander munter gegen das Schienbein.

Dass sie damit drauf und dran sind, für sich und ihre Politikerkollegen auch das noch verbliebene Vertrauen zu verspielen,

scheint Rot und Schwarz egal zu sein. Das ist nicht nur dumm. Das ist uneinsichtig und verantwortungslos.

Dumm, weil sie es sind, die bei den nächsten Wahlen die Zeche dafür zahlen müssen. Uneinsichtig, weil sie die Erfahrung genau diese Niederlage lehren müsste. Und verantwortungslos, weil sich viele Menschen endgültig von der Politik verabschieden.

Lesen Sie dazu mehr auf den Seiten 1, 11

wolfgang.sablatnig@tt.com



Gastkommentar

Wenn Adel vernichtet

Von Wolfgang Lusak

Eine bestimmte Sorte Ladies gewinnt ständig an Zahl und öffentlicher Präsenz: die TV-, PR-, HR-, Charity- und Marketing-Ladies. Und ich frage mich, wie diese Damen zu ihrer „Ladyship“ gekommen sind, werden doch gleichrangige männliche Kollegen nie als TV- oder PR-Sirs bezeichnet.

Ein Verdacht beschleicht mich: Werden die Frauen, die sich da mit besserer Ausbildung, Fleiß und Karrieresinn durchsetzen, bewusst unbewusst von Männern und Medien vordergründig „geadelt“ und hintergründig auf ihre Weiblichkeit und Attraktivität reduziert? Ein zweiter, fast noch schlimmerer Verdacht: Gibt es unter diesen Ladies nicht tatsächlich auch ehemalige Schönheitsköniginnen, abgedankte Sportlerinnen, ehrgeizige Unternehmer-Gattinnen und Aufsteigerinnen, die sich ausschließlich auf die Qualität ihrer Löwenmähnen und High Heels verlassen?

Ich rede sicher nicht einer erotikfeindlichen Berufswelt das Wort, aber ich denke, dass manche Frauen Gefahr laufen, als schmückendes Beiwerk missbraucht zu werden. Dass die deutschsprachige Männerwelt wieder einmal auf raffinierte Weise mit einer nicht unlasziven Bezeichnung versucht, ihre oft allzu willfährigen Weibchen in neue Formen von Schranken zu weisen.

Beruhigter bin ich, wenn ich an die vielen Frauen denke, die als Chefredakteurinnen, Bankerinnen, Gastronominnen, auch Politikerinnen gute Arbeit in Spitzenpositionen leisten. Für mehr Nachhaltigkeit und Frieden in dieser Welt brauchen wir nämlich wesentlich mehr Frauen in Machtpositionen.

Unabhängig von der Höhe ihrer Absätze.



office@lusak.at

Wolfgang Lusak ist Lobby-Coch und Managementberater in Wien.

Frage des Tages

Maximal 500 Euro pro Semester und die Universitäten sollen selbst entscheiden, ob Studiengebühren eingehoben werden: Ist das ein vernünftiger Vorschlag?

53 % Ja - das Geld bleibt bei den Universitäten und kommt damit direkt den Studenten zugute.

21 % Nein - denn den Unis, die sich gegen eine Gebühr entscheiden, werden Mittel fehlen.

26 % Egal - ob mit oder ohne Studiengebühren: Das Geld wird an den Unis immer zu knapp sein.

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com

Tiroler Tageszeitung ONLINE

Karikatur

„Imagekampagne zum Selberbasteln“



Analyse

Die Jugend in der Schönheitsfalle

Von Nicole Unger

Eine Nasenkorrektur zum 16. Geburtstag und eine Brustvergrößerung zum Schulabschluss? In den USA keine Seltenheit mehr. Nun scheint dieser Trend auch bei uns angekommen zu sein. Immer mehr Jugendliche wollen sich ihren Körper mit fremder Hilfe verschönern lassen.

Bei den Gesundheitspolitikern schrillen die Alarmglocken. Gesundheitsminister Alois Stöger will nun den „Modeentwicklungen bei Minderjährigen“ entgegenwirken und neben verstärkter Aufklärungsarbeit die Regeln für Schönheitsoperationen verschärfen. Judith Schwentner, Frauensprecherin der Grünen, fordert überdies ein gesetzliches Verbot von rein kosmetischen Operationen bei Teenagern. Denn mangelndes Selbstbewusstsein ließe sich nicht mit einem Skalpell kurieren. Fachärzte für plastische Chi-

urgie sehen dies etwas differenzierter. Die Mediziner zweifeln daran, ob ein Verbot von Schönheits-OPs für unter 18-Jährige die richtige Antwort auf das eigentliche Problem ist. Ein viel größeres Problem ist für sie die Tatsache, dass praktisch jeder Arzt, also auch jemand ohne entsprechende Zusatzausbildung und Erfahrung, schönheitschirurgische Eingriffe vornehmen darf. Für Patienten ist auf den ersten Blick schwer zu erkennen, ob ihr Operateur ein Facharzt ist oder auf einem Wochenendseminar zum Schönheitsmediziner ausgebildet wurde. Außerdem besteht die Gefahr, dass operationswillige Teenager ins Ausland reisen und an unseriöse Ärzte geraten, die ohne Abwägung der Risiken und ohne Unterschrift der Eltern Korrekturen vornehmen.

Und was die Aufklärung betrifft: Es wird sicher nicht leicht werden, Jugendlichen ein reales Schönheitsbild zu vermitteln. Schließlich werden die Teenager tagtäglich mit Photoshop-retuschierten Stars und klapperdürren Models in der Werbung konfrontiert. Man braucht heute schon ein starkes Selbstbewusstsein, um vom Schönheitswahn völlig kaltgelassen zu werden.



Lesen Sie dazu mehr auf Seite 22

nicole.unger@tt.com

Kopf des Tages

Glaubenshüter kämpft gegen gottlose Welt

Papst Benedikt XVI. (Oberhaupt der katholischen Kirche)

Allen Spekulationen über das Karrierebestreben Joseph Ratzingers zum Trotz versichern er und sein Umfeld, dass er auf keinen Fall Papst werden wollte. „Tu mir das nicht an!“, soll Ratzinger 2005 gebetet haben – und wurde nicht erhört. Die Kardinäle wählten den 78-jährigen Bayern zum ersten deutschen Papst nach 500 Jahren. Ratzinger nahm die Aufgabe an – wie er 1977 die Ernennung zum Erzbischof von München und Freising akzeptiert hatte und keine fünf Jahre später den Ruf in den Vatikan.

Wer auf einen Reformen auf dem Stuhl Petri gehofft hat, war nach der Wahl des Präfekten der Glaubenskongregation enttäuscht. Ratzinger hatte schon längst den Ruf eines strengen Glaubenshüters, war als „Panzerkardinal“ verschrien. Und natürlich rückte Ratzinger auch als Papst von seinen unbequemen Positionen nicht ab: Er prangert weiter Abtreibung und gleichgeschlechtliche Partnerschaften an, hält am Zölibat für Priester fest und hat klare Grenzen für das Laienengagement formuliert. Aber er verblüffte auch so manchen Skeptiker: Der zurückhaltende Benedikt XVI. begeisterte bei Audienzen und Auslandsreisen Hunderttausende.

Allerdings löste er auch Krisen aus: Die Verwendung eines Mohammed-kritischen Zitats bei seiner Regensburger Vorlesung führte 2006 zu Protesten in islamischen Ländern. Die Begnadigung der Bischöfe der Piusbruderschaft, darunter des Holocaust-Leugners Richard Williamson, löste 2009 einen Sturm der Entrüstung aus. Juden kritisierten zudem die Wiederzulassung der Karfreitagsfürbitte für die Bekehrung der Juden und die Fortsetzung des Verfahrens zur Seligsprechung von Papst Pius XII.

Dabei ist gerade der Dialog der Religionen und Kulturen eines der Themen seines Pontifikats. Er sieht in den Anhängern der anderen monotheistischen Religionen Verbündete im Kampf gegen Atheismus und Säkularisierung.

Benedikt will der sich „ausbreitenden Gottvergessenheit“ etwas entgegensetzen und macht dies auch zum Motto seines Deutschlandbesuchs. (dapd)

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 3

